

Analyse

Reinhold Beckmann Der 58-Jährige tritt als Talkmaster ab. Er suchte stets die Kumpanei mit seinen Gästen. Von Linus Schöpfer

Fertig geschmeichelt

Viele Beobachter haben in den letzten Tagen gerätselt. Was eigentlich nervte sie so an diesem Reinhold Beckmann, dessen Talkshow «Beckmann» ab dieser Woche aus dem ARD-Programm gestrichen ist? Inhaltlich konnte man dem 58-Jährigen kaum Vorwürfe machen. Regelmässig griff er heikle Themen auf, auch in seiner finalen Sendung letzten Donnerstag, in der es um die Flüchtlingstragödien rund ums Mittelmeer ging.

Es war etwas Unausgesprochenes, Zwischenmenschliches, kurz: Es war Beckmanns Art, die so vielen missfiel. Es war nicht einmal die Schmeichelei an sich: dieser leutselige, leicht verhangene Ton, mit dem er seine Gesprächspartner ansäuselte, dieses zutrauliche Sich-Vorbeugen, das einfühlbare Nicken.

An Beckmann nervte letztlich, dass er seine Schmeicheleien



nicht für die journalistische Sache einsetzte - sondern für sich. Man wurde nie den Eindruck los, dass es Beckmanns vordringlichstes Ziel war, danach noch backstage freundschaftlich Espresso trinken zu können. Wenn er mit weicher Stimme sagte: «Da muss ich noch einmal nachfragen», schwang immer mit: «Wenn Sie nichts weiter sagen wollen, habe ich dafür natürlich Verständnis.» Drohte eine Eskalation, wechselte er eilfertig das Thema. Im Ernstfall verbündete sich Beckmann mit den Interviewten gegen seine Zuschauer. Besonders augenfällig wurde das jeweils, wenn Politgrößen wie Joachim Gauck oder Helmut Schmidt zu Gast waren.

Betrachtet man Beckmanns Werdegang, so ist seine Beisshemmung nicht weiter verwunderlich. Der Niederachse absolvierte eine Ausbildung zum Fernsehtechniker, brach ein

Germanistikstudium ab, begann ab 1980 für verschiedene TV-Stationen zu arbeiten und wurde in den frühen 90er-Jahren landesweit bekannt als Moderator und Sportchef von Sat 1. Der Sender hatte sich mit einem Coup die Rechte an der Bundesliga gesichert. Sendungen wie «Ran» sollten den Fussball feiern und noch schöner, noch populärer und vor allem quotenstärker machen. Hinterfragt werden sollte er keinesfalls.

1998 wechselte Beckmann vom damals sehr erfolgreichen Privatsender zur ARD. Der Fussball blieb seine Hauptdomäne, 2006 kommentierte er das WM-Endspiel. Auch an der diesjährigen Meisterschaft war Beckmann dabei, wenn auch in die Randzeiten der Berichterstattung abgedrängt. Immer wieder glückten Beckmann Ausflüge ins Unterhaltungssegment («Wie deutsch bist du wirklich?»),

«Guinness»). Mit «Beckmann» machte sich der Sportjournalist ab 1999 an die grossen Fragen und schweren Themen.

Nun wird die Sendung, deren Quoten zuletzt deutlich sanken, eingestellt. Beckmann geht offiziell freiwillig, der zweifache Familienvater möchte künftig Dokumentarfilme drehen und sich um seine Countryband kümmern. Von seinen 15 Talk-Jahren und 624 Sendungen bleibt wenig mehr als der Ärger über die beckmannsche Wohlfühlatmosphäre. Ein einziges Mal hat sich der Soft-Talk ausgezahlt. 2007 gab der Radfahrer Bert Dietz im Gespräch erste Einblicke in seine Dopingvergangenheit. Er hatte Beckmanns Sendung bewusst gewählt und auf die Freundlichkeit seines Gastgebers gehofft. Er wurde nicht enttäuscht: Beckmann zeigte sich einfühlbar wie immer - und über die juristisch heiklen Passagen wurde ein Piepston gelegt.

Kolumne Rudolf Strahm

Wettbewerb nur dort, wo er den Konzernen passt?

Es war im August 2011 ein Schock: Der Kurs des Frankens explodierte, der Euro stürzte ab. Die Schweiz litt unter der raschen Frankenaufwertung und den eingebrochenen Ausfuhrzahlen. Die Exportmöglichkeiten schrumpften dramatisch, und die Aufwertungsgewinne bei den Importen flossen den ausländischen Lieferanten zu. Bundesrat Johann Schneider-Ammann rief einen runden Tisch zusammen und proklamierte danach über alle Kanäle hoffnungsfroh, jetzt werde umgehend gegen die Hochpreisimporte vorgegangen.

Im Stillen beerdigt

Diese «unverzüglichen» Massnahmen gegen Hochpreisimporte hätten im Kartellgesetz verankert werden sollen. Doch die vorgesehene Revision des Gesetzes ist vom Nationalrat in der letzten Session still beerdigt worden. Das federführende Volkswirtschaftsdepartement hatte den vorbereitenden Parlamentskommissionen gar nie konkrete Vorschläge zur Bekämpfung der Hochpreisimporte unterbreitet. Die Pläne für eine «Lex Nivea» kamen immer vom Parlament.

Die gescheiterte Revision des Kartellgesetzes war die wichtigste und weitreichendste wirtschaftspolitische Vorlage dieser Legislaturperiode. Sie war sieben Jahre lang vorbereitet, dreimal einer Vernehmlassung unterzogen und dabei immer weiter verkompliziert worden. Den Todesstoss versetzte der Vorlage, dass die Interessenvertreter der Wirtschaftverbände in der Wettbewerbskommission (Weko), die über die Kartelle und Absprachen wie ein neutrales Gericht urteilen sollte, ihre Weko-Pöstchen nicht räumen wollten.

Bei klarer Führung mit geschickten Kompromissvorschlägen hätte die Vorlage gerettet werden können. Doch nun wird wohl kaum ein Versprechen des Wirtschaftsministers noch ernst genommen werden. Schneider-Ammann ist gesetzgeberisch, was man in den USA als «lahme Ente» bezeichnen würde.

Kein Wunder, stimmen mehr und mehr Konsumenten mit den Füssen oder mit Rädern ab. Im laufenden Jahr wird der Einkaufstourismus im benachbarten Ausland ein Volumen von rund 10 Milliarden Franken erreichen.

Der Beiersdorf-Konzern, der Nivea herstellt, liefert seine Kosmetika weiterhin 50 bis 70 Prozent teurer an

Schweizer Detaillisten als an den Handel in Deutschland und Österreich. Die überhöhten Preise in Schweizer Läden sind also nicht auf höhere Löhne in unserem Land zurückzuführen, sondern auf einen «Zuschlag Schweiz» der ausländischen Markenartikelhersteller. Er hat zur Folge, dass Schweizer Konsumenten und KMU wie Restaurants, Hotels, Gewerbebetriebe für diese Importe 15 bis 20 Milliarden pro Jahr mehr zahlen.

Die preisbewussten Schweizer Grossverteiler Migros, Denner und Otto's prangern den Missstand der überhöhten Importpreise seit langem an. Die Konsumentenorganisationen und die geschädigten Wirte, Hoteliers und Detaillisten protestieren dagegen. Aber sie sind alle machtlos, weil Bundesbern den Status quo akzeptiert.

Die Hohepriester des Wettbewerbs haben die geplante Revision des Kartellgesetzes abgeblockt.

Das Hochpreisproblem ist auf die Marktabschottung zurückzuführen: Die Schweizer Detailhändler können ihre Kosmetika und Markenartikel, die Restaurateure ihre Biere und Softdrinks nicht direkt im Ausland einkaufen, sondern müssen sie über die inländischen Alleinimporteure mit einem «Preiszuschlag Schweiz» beziehen. Diese sogenannten selektiven Vertriebsverträge sind ein klarer Verstoß gegen den freien Wettbewerb.

Man sollte meinen, die Befürworter des freien Marktes müssten eine Markttöffnung verlangen, damit Schweizer Konsumenten und Detaillisten von europäischen Konzernen nicht benachteiligt werden. Aber nein, die Hohepriester des Wettbewerbs haben sich zusammengetan und durch unablässiges Lobbying eine zeitgemässe Revision des Kartellgesetzes abgeblockt.

Die Phalanx der Verhinderer reichte von der Economiesuisse über den Markenartikelverband Pro Marca bis hin zum Gewerbeverband, vom konzernnahen NZZ-Wirtschaftsredaktor über den Stab von Bundesrat Schneider-Ammann bis zu jenen neoliberalen Basler Professoren, die nach dem Willen der Pharmaindustrie tanzen. Zu diesen Neinsagern gesellten

sich einige wirtschaftspolitisch verirrte Gewerkschafter, die fest an Karl Marx' Doktrin glauben, dass «Wettbewerb schadet», und locker in Kauf nehmen, dass die Leute an ihrer Basis samstags zum Wocheneinkauf ins Ausland fahren.

So ist es mit dem Wettbewerb: Er wird zwar in jeder wirtschaftspolitischen Sonntagspredigt als Glaubensdogma neu verkündet. Aber eigentlich will man Wettbewerb und Marktöffnung nur, wenn es um den Arbeitsmarkt geht: Man will Personal im Ausland rekrutieren können. Sobald auch die Konsumenten und Wirte den Wettbewerb zu ihrem Vorteil nutzen und direkt Güter importieren wollen, gibt es eine Wettbewerbsblockade - durchgesetzt von Interessenvertretern der Konzerne.

SVP-Nationalrat Hans Fehr, der am 17. September gegen die Kartellgesetzrevision gestimmt hat, ärgert sich über den Einkaufstourismus jenseits der Schweizer Grenze. Er verlangt allen Ernstes vom Bundesrat, man solle alle vaterlandslosen Einkaufstouristen bestrafen, indem man ihnen die deutsche Mehrwertsteuer von 19 Prozent nach Ausfuhr in die Schweiz nicht mehr zurückerstattet.

Ein neuer Anlauf

Einen ernsthafteren, geschickt formulierten Vorschlag hat vergangene Woche der freisinnige Ständerat und Werkzeugfabrikant Hans Altherr eingebracht: Mit einer parlamentarischen Initiative fordert er eine Mini-Kartellgesetzreform. Mit bloss einem Artikel - ohne weiteren Regulierungsballast - sollen die hohen Preise von Importgütern kartellrechtlich angegangen werden. Eine solche parlamentarische Initiative oder - falls sie in Bern auf- laufen sollte - eine Volksinitiative mit derselben Stossrichtung würde den Weg zu einer zielstrebigem Wirtschaftspolitik, einem Neubeginn nach der Ära Schneider-Ammann weisen.

In der Zwischenzeit geht das Drama der überhöhten Importpreise allerdings weiter.



Rudolf Strahm

Der einstige Preisüberwacher und Nationalrat wechselte sich ab mit Politgeograf Michael Hermann und mit der Autorin und Schauspielerin Laura de Weck.



Seltener Anblick: Der Sechseläutenplatz ohne störende Aufbauten. Foto: Sophie Stieger

Sechseläutenplatz Der Direktor des Opernhauses spricht dem Volk aus der Seele. Von Nicola Brusa

Zürich sehnt sich nach mehr Leere

Die Stadt hat seit dem Frühling einen Platz von Weltformat. Eine weite, leere Fläche am Bellevue. Bloss kommt der Platz selten zur Geltung - darüber darf man sich durchaus aufregen.

Der neu gestaltete Sechseläutenplatz ist bei den Zürchern sehr beliebt. Sie setzen sich an schönen Tagen auf die Stühle, die die Stadt aufgestellt hat, lesen oder plaudern oder essen. Manche legen sich auf dem Quarzit eine Weile hin. Wenn sie denn können: Weil der Platz einfach eine Fläche ist, lässt er sich bestens zustellen. Zum Beispiel mit Zirkus- oder Festzelten. Zwischen März und Oktober war dies an 147 statt wie vorgesehen an 120 Tagen der Fall.

Das ärgert einen prominenten Anrainer, wie die «NZZ am Sonntag» schreibt: Opernhausdirektor Andreas Homoki. Steht er auf der Terrasse des Opernhauses, hoch über dem Sechseläutenplatz, stört er sich an der Unordnung, die unten herrscht. In den Augen Homokis gibt es dort «zu viel Zirkus». So an der Premiere der Oper «Lohengrin» vor gut einer Woche.

«Abfallcontainer, LKW-Anhänger, aber auch Tierexkremate direkt vor unserem Eingang» empfand er als «problematisch».

Jetzt mag man sagen, der Opernhausdirektor sei ein feiner Pinsel, der sich nicht nur auf der Terrasse über den Veranstaltungen stehen sieht, die auf dem Sechseläutenplatz stattfinden. Vielleicht ist auch seine Forderung nach mehr Mitspracherecht bei der Belegung vermessend. Aber Homoki liegt in zwei Punkten richtig. Erstens sieht das Konzept der Stadt zu viele Veranstaltungen auf dem Platz vor, zweitens fordert er einen «Mindestabstand» zum Opernhaus. Der Raum zwischen den beiden neuen Pavillons mit dem Restaurant auf der einen und dem Abgang in die Tiefgarage auf der anderen soll immer frei bleiben. Die Oper käme besser zur Geltung und die Bevölkerung könnte ihren Platz, oder zumindest einen Teil davon, immer benutzen. Das wäre ganz im Sinn der Zürcher - für einmal ist der Opernhausdirektor dem Volk näher als der Zirkusdirektor.